

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 08.04.2021
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 18:35 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus, Löwenscher Saal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Stefan Bauschke

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Haack
Herr Jürgen Suhr

Mitglieder

Herr Volker Borbe
Herr Ulrich Grösser
Herr Stefan Nachtwey

Vertreter

Herr Bernd Buxbaum
Herr Bernd Röhl

Vertretung für Herrn Jan Gottschling
Vertretung für Frau Ute Bartel
ab 17.15 Uhr

Herr Daniel Ruddies

Vertretung für Herrn Christian Binder
bis 18.32 Uhr

Protokollführer

Frau Gaby Ely

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt
Herr Stephan Bogusch
Herr Peter Faasch
Frau Kirstin Gessert
Herr Stephan Latzko
Herr Andreas Pagels
Herr Dr. Frank-Bertolt Raith

Gäste

Frau Liane Hahn
Herr Peter Mühle

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom

11.03.2021

- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2021 der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0015/2021
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Straßenrückbenennungen - Stellungnahme Ausschuss
- 4.2** Information durch die Verwaltung: Änderung der Beschilderung in der Böttcherstraße zwischen Filter- und Ossenreyerstraße
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0170/2020
- 4.3** Änderungsantrag zu TOP 9.8 - Beschilderung Mägdebrunnen
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0070/2020
- 4.4** Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

Weihnachtliche Beleuchtung in der Heilgeiststraße
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0108/2018

- 4.5** Errichtung einer Boulderwand
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0153/2020
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung sind zu Beginn der Sitzung 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Bauschke teilt mit, dass von Seiten der SPD-Fraktion darum gebeten worden ist, den Tagesordnungspunkt 3.1 nach hinten zu verschieben. Der Ausschussvorsitzende schlägt deshalb vor, zuerst die TOP unter 4. zu beraten und anschließend TOP 3.1.

Herr Bauschke stellt die Änderung zur Abstimmung:

Abstimmung: 6 Zustimmungen 1 Gegenstimme 1 Stimmenthaltung

Die Abarbeitung der TOP in der Niederschrift bleibt von der Änderung unberührt.

Anschließend stellt der Ausschussvorsitzende die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 11.03.2021

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt, Klimaschutz und Stadtentwicklung vom 11.03.2021 wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Haushaltssatzungen und Haushaltspläne 2021 der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0015/2021

Herr Röhl legt den Ausschussmitgliedern drei Änderungsanträge zur Haushaltssatzung vor:

1. Einstellung von 25.000 € für die Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag.

Herr Röhl begründet den Antrag ausführlich. Die Expertise, welcher der Deutsche Städtetag bietet, sollte bei den anstehenden Aufgaben genutzt werden. Nach seinem Wissen ist Stralsund die einzige Stadt ihrer Größe, die auf eine Mitgliedschaft im Deutschen Städtetag verzichtet.

Er wirbt dafür, den Antrag im Haushalt zu berücksichtigen.

2. Schaffung einer Stelle eines Radverkehrsplaners

In Bezug auf den Radverkehr sieht die SPD-Fraktion in Stralsund Handlungsbedarf. Für eine entsprechende Planung ist es notwendig, eine/n Radverkehrsplaner/in zu beschäftigen und die entsprechenden Mittel in den Haushalt einzustellen.

3. Einstellung von Haushaltsmitteln zur Sicherung der Lokschuppen

Die Lokschuppen müssen über den nächsten Winter gesichert werden, damit sie von eventuellen Investoren genutzt werden können. Dafür ist es erforderlich, die Kosten zu ermitteln und diese in den Haushalt einzustellen.

Nach Kenntnis von Herrn Bauschke hat der Eigentümer der Lokschuppen auch die Verkehrssicherungspflicht für die Gebäude.

Herr Röhl erklärt, dass die notwendigen Maßnahmen über die Verkehrssicherungspflicht hinausgehen.

Herr Haack und Herr Suhr erklären, dass sie sich nicht in der Lage sehen, ohne Beratung in Ihren Fraktionen über die Änderungsanträge abzustimmen. Herr Suhr ergänzt, dass seine Fraktion ebenfalls Änderungsanträge zum Haushalt in die nächste Bürgerschaftssitzung einbringen wird.

Herr Röhl erklärt, dass es Ziel war, die Anträge im Ausschuss vorzustellen und über diese zu beraten.

Herr Bauschke beantragt, die vorliegenden Änderungsanträge zur Beratung in die Fraktionen zu verweisen.

Er stellt den Antrag wie folgt zur Abstimmung:

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

Die drei von Herrn Röhl eingebrachten Änderungsanträge werden zur Beratung in die Fraktionen verwiesen.

Auf Nachfrage erklärt Herr Röhl, dass es nach seiner Auffassung im Rahmen der Haushaltsberatungen nicht notwendig ist, eine Deckungsquelle anzugeben.

Herr Haack erwidert, dass die Verwaltung verpflichtet ist, einen ausgeglichenen Haushalt zur Beratung vorzulegen. Liegt dieser vor, ist auch eine Deckungsquelle zu benennen.

In Bezug auf die Deckungsquellen weist Herr Röhl darauf hin, dass es sich um einen Haushaltsentwurf handelt, der beraten werden soll. Demnach sind Änderungen möglich.

Herr Bauschke vertritt die Auffassung von Herrn Haack zu dem Thema.

Herr Suhr schlägt vor, zu dieser Fragestellung die Meinung des Innenministeriums einzuholen.

Anmerkung der Geschäftsführung des Ausschusses:

In § 31 (2) KV MV heißt es: Anträge, durch die der Gemeinde Mehraufwendungen, Mehrauszahlungen, Mindererträge oder Mindereinzahlungen entstehen, müssen bestimmen, wie die zu ihrer Deckung erforderlichen Mittel aufzubringen sind; der Teilhaushalt ist zu benennen.

Der Kommentierung ist folgendes zu entnehmen:

Eine weitere Anforderung stellt Abs. 2 S. 2 an solche Anträge, die zu finanziellen Belastungen für die Gemeinde führen können. Sie müssen mit einem Vorschlag zur Finanzierung verbunden sein, der den Teilhaushalt angeben muss, die vom Antragsteller zur Finanzierung von Mehraufwendung, Mehrauszahlung, Minderertrag oder Mindereinzahlung vorgesehen wird. Entsprechendes gilt für die Haushaltsberatungen und für Anträge, die nicht auf das laufende Haushaltsjahr Bezug nehmen.

Herr Röhl schlägt vor, im Ausschuss zu beraten, was in den Haushalt 2022 aufgenommen werden soll, bevor der Entwurf aufgestellt wird.

Herr Haack weist darauf hin, dass es durch das Einbringen von Anträgen in die Bürgerschaft möglich ist, wenn diese entsprechend beschlossen werden, auf den Haushaltsentwurf Einfluss zu nehmen.

Herr Suhr hinterfragt eine Position auf Seite 447 des Haushaltsbandes I. „Sanierung/Ausbau von Radwegen“ mit einem Ansatz von 40.000 €. Er möchte wissen, warum es sich um so eine geringe Summe handelt und warum mittelfristig keine weiteren Maßnahmen geplant worden sind.

Weiter erkundigt sich Herr Suhr, warum für die Fertigstellung (Planung) des Radweges zwischen Andershof und Devin keine Mittel in den Haushalt eingestellt worden sind (Seite 450 – Investitionsübersicht „Touristischer Radweg, Küstenradwanderweg“).

Außerdem zeigt sich Herr Suhr verwundert, dass im Haushalt Geld für ein Seniorenticket eingestellt worden ist, ohne das Vorhaben im Vorfeld in den entsprechenden Gremien vorzustellen und zu beraten. Aus seiner Sicht ist es notwendig, sich intensiv mit dem Thema auch im Hinblick auf die Altersgruppe zu befassen.

Zu diesem Thema wird die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN / DIE PARTEI ebenfalls einen Antrag in die nächste Bürgerschaft einbringen.

Herr Bogusch bestätigt den im Haushalt befindlichen Ansatz von 40.000 € für das Thema Radwegekonzept. Er weist auf ein neues Förderprogramm für die Entwicklung von Radwegeinfrastruktur hin, an welchem sich die Hansestadt Stralsund beteiligen möchte. Die geförderten Maßnahmen sollen bis Ende 2023 abgeschlossen sein und es sollen nur zusätzliche und nicht bereits geplante Maßnahmen gefördert werden. Aufgrund dessen hat die Verwaltung Überlegungen zu geeigneten Maßnahmen angestellt und sich für den Heinrich-Heine-Ring im Bereich des ehemaligen Plattenwerkes und die Rostocker Chaussee zwischen Richenberger Chaussee und Tribseer Center entschieden. Eine weitere Überlegung ist der Ausbau des Radwegenetzes vom Schwarzen Weg zum Blütenweg. Es laufen bereits Gespräche mit den Stadtwerken, da bei dem Bau von Radwegen auch die Versorgungsleitung betrachtet und eventuell erneuert werden müssen. Die bereits veranschlagten 40.000 € dienen dazu, Planungen in Auftrag zu geben und Fördermittelanträge zu stellen.

Wenn die Kosten und die Höhe der Fördermittel bekannt sind, sollen die Projekte in die Haushaltsplanung 2022/2023 aufgenommen werden.

Herr Suhr regt an, für die zwei von Herrn Bogusch genannten Radwege Geld in Höhe des möglichen Eigenanteils in den Haushalt einzustellen, denn wenn die Vorhaben gefördert

werden der Eigenanteil aber nicht aufgebracht werden kann, können die Projekte nicht umgesetzt werden oder es muss mit einem Nachtrag agiert werden.

Für die genannten Projekte soll eine Vorplanung beauftragt werden, wobei die daraus resultierenden Ergebnisse beim Energieministerium zur Förderung der jeweiligen Maßnahme eingereicht werden sollen. Im Zuge der Vorplanung erfolgt auch eine Kostenschätzung. Die notwendigen Mittel werden dann in den Haushalt 2022 eingestellt, 2023 sollen die Maßnahmen realisiert werden.

Versucht werden soll außerdem, das Fahrradparkhaus, welches zwar im Haushaltsplan zu finden ist, aber für welches noch keine Fördermittelzusage vorliegt, durch das neuaufgelegte Programm fördern zu lassen. Hierzu sind allerdings noch Abstimmungen mit dem Grundstückseigentümer notwendig.

Auf Nachfrage führt Herr Bogusch aus, dass das Fahrradparkhaus sich schon einige Jahre in der Haushaltsplanung befindet und deshalb auch in 2021 wieder aufgenommen worden ist.

Zum Ostseeküstenradweg erklärt Herr Bogusch, dass die Bauarbeiten für den Abschnitt Teschenhäger Weg / Brandshäger Straße bis zur Gemeindegrenze zeitnah beginnen werden. Für den von Herrn Suhr angesprochenen Abschnitt gibt es bisher keinen Haushaltsansatz, da dort noch Gesprächsbedarf mit dem Grundstückseigentümer besteht, auch in Bezug auf eine eventuell veränderte Streckenführung.

Zum Seniorenticket verweist der Abteilungsleiter auf die letzte Bürgerschaftssitzung, in der der Oberbürgermeister eine Einführung zu dem Thema gegeben hat. Es laufen Gespräche mit dem Landkreis und dem VVR. Damit das Vorhaben relativ kurzfristig umgesetzt werden kann, wurden in den Haushalt 2021 entsprechende Mittel eingestellt. Das Projekt macht einen Beschluss der Bürgerschaft notwendig, weshalb parallel eine Beschlussvorlage erarbeitet wird.

Weil der VVR die Einnahmeverluste erstattet bekommen muss, wurden Daten aus einer Verkehrsbefragung herangezogen, die ermittelten Daten wurden hochgerechnet und so die Höhe der vermutlichen Entschädigungssumme geschätzt, wenn das Projekt für 12 Monate durchgeführt wird. Herr Bogusch betont, dass die 2 Mio. € nicht pauschal an den VVR gezahlt werden, sondern ein Abrechnungsmodus entwickelt werden soll. Da es sich um einen Testlauf handelt, wurden die Altersgruppe 70+ und ein Zeitraum von 12 Monaten gewählt. Herrn Suhr irritiert, dass nicht zumindest die Festlegung der Zielgruppe im Vorfeld in den Gremien diskutiert worden ist. Er weist auf ein Versprechen der CDU vor der letzten Kommunalwahl hin, welches das vorgestellte Projekt zum Inhalt hatte.

Herr Bauschke merkt an, dass es sich in Bezug auf die Personengruppe um einen Vorschlag der Verwaltung handelt, über den letztendlich die Bürgerschaft entscheidet. Es wurde eine Personengruppe vorausgewählt, um Gelder in den Haushalt einstellen und parallel an dem Projekt arbeiten zu können.

Herr Haack sieht ebenfalls noch Verbesserungspotenzial und weist auf die noch nicht umgesetzten Bürgerschaftsbeschlüsse in Verbindung mit dem Nahverkehr hin.

Auf Nachfrage von Herrn Röhl, ob die kostenlose Nutzung des Nahverkehrs ab 70+ an wirtschaftliche Kriterien gekoppelt ist, erklärt Herr Bogusch, dass dies wegen der umfassenden Datenerfassung und des Zeitaufwandes nicht vorgesehen ist. Die Nutzung soll einkommensunabhängig möglich sein.

Herr Suhr erkundigt sich zum Stellenplan nach unbesetzten Stellen, davon ein nicht unerheblicher Teil im Bereich des Amtes für Planung und Bau. Er fragt, wie diese besetzt werden können, wenn der Haushalt erst im Sommer oder Herbst genehmigt wird. Da die Verwaltung die Frage in der Sitzung nicht beantworten kann, wird Herr Suhr sich an den Oberbürgermeister wenden.

Weiter fragt Herr Suhr, ob die „Wiesenblume“ das einzige Gebäude ist, welches energetisch saniert wird.

Herr Pagels, erklärt, dass auch weitere städtische Gebäude saniert werden. Im Falle der „Wiesenblume“ handelt es sich um eine Position, die sich aus dem Förderprogramm ergeben hat. Bei der Errichtung neuer Gebäude (Schulen, Sportstätten) werden die Vorgaben der EnEV bzw. dem Gebäudeenergiegesetz eingehalten. Außerdem werden Fördermittel genutzt, die durch den Klimaschutzmanager beantragt werden. In den meisten Hochbaumaßnahmen der TH 10 und TH 16 werden Klimaschutzaspekte berücksichtigt.

Auf Nachfrage ergänzt Herr Pagels, dass Energieausweise zu den einzelnen Gebäuden und die notwendigen Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Einschränkungen bestehen bei Gebäuden, die unter Denkmalschutz stehen. Dennoch wird beispielsweise geschaut, dass die Heizungstechnik erneuert oder auf LED-Beleuchtung umgestellt wird.

Herr Latzko fügt hinzu, dass bei der Beantragung von Fördermitteln immer geschaut wird, ob die Klimaschutzmaßnahmen extra beantragt werden müssen oder in das Gesamtvorhaben integriert werden können, auch in Bezug auf die verschiedenen Förderprogramme und die Förderquote. Deshalb sind Klimaschutzmaßnahmen häufig nicht extra ausgewiesen.

Herr Bauschke stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0015/2021 gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

Abstimmung: 5 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 4 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Straßenrückbenennungen - Stellungnahme Ausschuss

Herr Bauschke geht auf den Hintergrund der vorliegenden Thematik ein.

Herr Buxbaum bezieht sich auf die Aussagen der Verwaltung zur Einwohnerfrage in der letzten Bürgerschaftssitzung. Diese sind nicht zu beanstanden. Außerdem beeinflussen die theoretischen Grundlagen des Marxismus weiterhin die Diskurse der Geschichtswissenschaften, der Soziologie sowie der Wirtschafts- und Politikwissenschaften.

Weiter führt Herr Buxbaum aus, dass in Deutschland über 500 Straßen und Plätze nach Marx benannt sind.

Sowohl Herr Mühle als auch Herr Buxbaum weisen auf den Aufwand und die Kosten hin, die den Anwohnern und Gewerbetreibenden bei einer Straßenumbenennung entstehen würden. Zusätzlich erinnert Herr Mühle daran, dass „Das Kapital“ von Friedrich Engels immer noch verlegt wird.

Herr Haack macht deutlich, dass die Bürgerschaft zu der Angelegenheit bereits einen Beschluss gefasst hat und dieser nach seiner Auffassung nicht geändert werden sollte.

Herr Bauschke fasst zusammen, dass der Ausschuss sich dafür ausspricht, keine Änderung herbeizuführen und die Namen für die Straßen beizubehalten. Dies stellt er zur Abstimmung.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Der Ausschussvorsitzende schließt den Tagesordnungspunkt.

Abstimmung: 7 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

zu 4.2 Information durch die Verwaltung: Änderung der Beschilderung in der Böttcherstraße zwischen Filter- und Ossenreyerstraße
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0170/2020

Herr Bogusch schildert die Ausgangssituation. Durch den vor der Fußgängerzone haltenden Lieferverkehr werden die Ausfahrten blockiert. Die Fragestellung war, ob durch eine Verlegung der Fußgängerzone Aufstellfläche für den Lieferverkehr geschaffen werden kann. In Bezug auf die Straßenwidmung und die baulichen Veränderungen für eine Verlegung der Fußgängerzone sieht Herr Bogusch keine Probleme. Problematisch sind die vorhandenen Fahrbahnbreiten. Im Bereich der Filterstraße beträgt die Fahrbahnbreite 4m bis max. 4,50m. Die Straßenverkehrsordnung sagt, dass das Halten und Parken an Engstellen (Restfahrbahnbreite von 3m) nicht zulässig ist. Damit ist es nicht möglich, eine Ladezone einzurichten.

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4.3 Änderungsantrag zu TOP 9.8 - Beschilderung Mägdebrunnen
Einreicher: Stefan Bauschke, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0070/2020

Herr Bauschke erteilt Frau Behrendt das Wort.

Zunächst informiert Frau Behrendt, dass das Thema bereits im Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Gesellschafteraufgaben beraten worden ist und auch im Bauausschuss bereits zur Sprache kam. Sie geht kurz auf den vorliegenden Änderungsantrag ein, zu dem sie sich auch mit Herrn Kretzschmar von der Tourismuszentrale abgestimmt hat.

Frau Behrendt präsentiert zwei Vorschläge, welche sie auch im Wirtschaftsausschuss vorgestellt hat. Zum einen geht es um die Überarbeitung bzw. Aktualisierung der Website der Tourismuszentrale. Auf dieser sollen weitere Informationen digital aufgezeigt werden. In Zukunft sollen in einer Datenbank Informationen zu verschiedenen touristischen Orten hinterlegt und zur Verfügung gestellt werden. Sie erwähnt, dass derzeit Überlegungen angestellt werden, welche Objekte bzw. Standorte aufgeführt werden sollen und wie informativ diese gestaltet sein sollen.

Zum anderen geht es um die Funktionen, welche auf der Stralsund Website zu finden sind. Hierbei spielt die Web-GIS-Stadtkarte eine wesentliche Rolle. Gegenwärtig werden hier schon Informationen zu touristisch wichtigen Orten ausgewiesen. Frau Behrendt stellt die verschiedenen Funktionen vor und erklärt, dass die Karte um einen weiteren Layer „Touristisch interessant“ erweitert werden kann. Die Stadtkarte bietet Mobilität, da die Möglichkeit besteht, die Karte online aufzurufen und den Standort des Nutzers anzugeben. Des Weiteren soll die Karte vervollständigt werden. Sie informiert über die Verwendung der eingerichteten Themenkarten anhand der Themenkarte über das jüdische Leben in Deutschland. Dabei sind zu jedem Standort kurze Informationen aufrufbar. Zukünftig ist gegebenenfalls eine Themenkarte über Kunst im öffentlichen Raum geplant.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und stellt die Nachfrage, wer sich um die Umsetzung bzw. um die Erweiterung dessen kümmern wird. Daraufhin antwortet Frau Behrendt, dass der Inhalt von ihr und Herrn Kretzschmar aufgearbeitet wird und für die technische Umsetzung, das beinhaltet die Einpflege der Daten, ist die IT-Abteilung zuständig, wobei Zuarbeiten vorausgesetzt werden müssen. Perspektivisch betrachtet soll die Pflege der Stadtkarte dann in die Fachabteilungen ausgelagert werden.

Auf eine weitere Nachfrage entgegnet Frau Behrendt, dass es wichtig ist, die Stadtkarte leicht zu finden und gibt den Vorschlag an, die Stadtkarte unter den Punkt Gäste auf der Startseite der Stralsunder Website mit aufzugreifen. Ein weiterer Vorschlag ist die Verlinkung der Themenkarte über die Website der Tourismuszentrale.

Da keine weiteren Nachfragen bestehen, lässt Herr Bauschke darüber abstimmen, ob der Antrag durch die geschilderten Maßnahmen als umgesetzt betrachtet werden kann.

Der Antrag kann somit als umgesetzt betrachtet werden.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4.4 Weihnachtliche Beleuchtung der Seitenstraßen
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0018/2018

Herr Faasch informiert über den aktuellen Sachstand zu den vorliegenden Anträgen.

Momentan besteht die Festbeleuchtung der Heilgeiststraße aus beleuchteten Ornamenten. Diese entsprechen nicht der Festbeleuchtung in der Ossenreyerstraße. Die Hauseigentümer in der Heilgeiststraße wurden angeschrieben und um die Erlaubnis gebeten, die notwendigen Vorrichtungen an den Häuserfassaden anbringen zu dürfen. Aufgrund der bisherigen Rückmeldungen können 12 Standorte mit den Lichtervorhängen ausgestattet werden. Es ist möglich, dass noch weitere Standorte dazukommen. Die finanziellen Mittel für das Vorhaben wurden in den Haushalt 2021 eingestellt.

Herr Bauschke begrüßt das Vorhaben und dankt den Hauseigentümern, die der baulichen Veränderung an ihren Hauswänden zugestimmt haben.

Da sich dieser Antrag in Umsetzung befindet und Mittel breit stehen, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Anträge AN 0018/2018 und AN 0108/2018 als erledigt zu betrachten.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Weihnachtliche Beleuchtung in der Heilgeiststraße
Einreicher: Ann Christin von Allwörden, CDU/FDP-Fraktion
Vorlage: AN 0108/2018

zu 4.5 Errichtung einer Boulderwand
Einreicherin: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN/DIE PARTEI
Vorlage: AN 0153/2020

Herr Bogusch erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung keine Möglichkeit besteht, die Boulderwand in das Projekt bzw. die Förderung für den „Freizeitbereich Sundpromenade“ zu integrieren. Dennoch besteht die Möglichkeit, im Bereich des Fitnessparcours zusätzlich eine Boulderwand zu errichten. Hierzu ist im Vorfeld die Finanzierung und Realisierung abzustimmen. Rechtlich würde eine Boulderwand als Spielgerät gelten und den entsprechenden Kontrollen unterliegen. Um die Wand ohne Sicherung und Aufsicht nutzen zu können, dürfte sich der oberste Griff in einer maximalen Höhe von 3m befinden. Die Kosten für eine solche Boulderwand beginnen bei 20.000 €. Die Boulderwand wurde auch in die Prioritätenlisten für die Sportstättenentwicklungsplanung aufgenommen.

Herr Suhr erkundigt sich, ob geprüft worden ist, ob die Errichtung eine Boulderwand in das Projekt „Sundpromenade“ hätte mit aufgenommen werden können. Dazu erklärt der Abteilungsleiter, dass es sich bei dem Projekt „Freizeitbereich Sundpromenade“ um ein sehr komplexes Vorhaben handelt, bei dem viele Gespräche über ein Jahr nötig waren, um die entsprechende Förderung zu erhalten. Aufgrund dessen wurde entschieden, dass Projekt nicht wieder aufzumachen. Allerdings ist es möglich, in Bezug auf die Boulderwand nach einer anderen Fördermöglichkeit zu schauen. Da die Sportstättenentwicklungsplanung im Zuständigkeitsbereich von Amt 70 liegt, kann Herr Bogusch nicht sagen, ob für das Projekt bereits Fördermittel beantragt worden sind.

Herr Buxbaum fragt, ob geplant ist, die Boulderwand zu beleuchten, um sie auch in der Dämmerung nutzen zu können. Herr Bogusch erklärt, dass keine extra Ausleuchtung des Fitnessparcours vorgesehen ist, die Platzfläche in der Nähe aber beleuchtet wird.

Der Ausschuss nimmt das Prüfergebnis zur Kenntnis.

Der Präsident wird über das Beratungsergebnis informiert.

Herr Bauschke schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 5 Verschiedenes

Die Ausschussmitglieder haben keinen Redebedarf.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Herr Bauschke stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt bekannt, dass die Vorlage H 0044/2021 dem Hauptausschuss zur Beschlussfassung empfohlen worden ist.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

gez. Stefan Bauschke
Vorsitzender

gez. Gaby Ely
Protokollführung